

Skandal bei Tönnies ist Symbol eines menschenunwürdigen und Tierleid erzeugenden Agrarsystems - Branchen-Riesen im Schlachthofbereich sind durch politische Entscheidungen entstanden

BN fordert von der bayerischen Staatsregierung, regionale Metzgerschlachtstätten mit Investitionsprogrammen zu unterstützen und von den großen Lebensmittelketten, endlich faire Erzeugerpreise zu zahlen. Mit einer mengenbezogenen und sozial flankierten Tierschutzabgabe soll der Umbau zu einer tiergerechteren Haltung in Deutschland vorangebracht werden.

Nürnberg: „Die Konzentration im Schlachtbereich ist von der bayerischen Staatsregierung und den ehemaligen CSU Landwirtschaftsministern billigend in Kauf genommen worden. Statt jetzt Verbraucher*innen-Bashing zu betreiben, muss die Macht der Handelsketten und der industrialisierten Fleischwirtschaft gebrochen werden. Geltendes Recht, wie das Verbot von Verkauf unter Einstandspreis muss jetzt durchgesetzt werden“, so Richard Mergner, Vorsitzender des BUND Naturschutz in Bayern

Ausbeutung von Mensch und Tier stoppen

„Die Ausbeutung hat System: Dass Tiere nicht ihr arteigenes Verhalten ausleben können, ist vielfach angeprangert worden, jetzt kommt die Ausbeutung der Arbeitenden in den Fleischfabriken endlich auch stärker in den Fokus der Öffentlichkeit“, so Mergner, „es ist höchste Zeit, dieses System zu ändern in dem Menschen unter unwürdigen Bedingungen leben und arbeiten. Es müssen nicht nur faire Löhne für die Arbeitenden in den Schlachtbetrieben gezahlt werden, sondern auch die Akkordarbeit gestoppt und Hygienevorgaben in den Unterkünften eingehalten werden. Und die Erzeugerpreise für Landwirte müssen steigen, wenn höhere Tierwohlvorgaben umgesetzt werden sollen.“

Haltungskennzeichnung für Fleisch längst überfällig

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 25.06.2020

PM 063/20 LFG

Landwirtschaft

„Verbraucher*innen müssen endlich auch am Etikett erkennen können, wie die Tiere gehalten werden, damit sie eine bewusste Kaufentscheidung treffen können“, so Marion Ruppenner, BN Agrarreferentin. „Bisher gibt es wegen des Widerstands aus der Branche noch keine verbindliche Haltungskennzeichnung bei Fleisch, so wie es in der EU beispielsweise bei Eiern umgesetzt wurde. Durch die Einführung bei Eiern haben die europäischen Verbraucher*innen Käfigeier durch ihr Einkaufsverhalten zurückgedrängt. Eine transparente Kennzeichnung muss endlich auch Bereich des Fleisches vorangebracht werden“, so Ruppenner.

Tierhaltungssystem umbauen

Um die Tierhaltung tiergerechter zu machen braucht es strukturelle Veränderungen. Der BN fordert, dass die Vorschläge des vom Bundeslandwirtschaftsministerium eingerichteten Kompetenznetzwerks zum Umbau der Nutztierhaltung vom 11. Februar 2020 baldmöglichst aufgegriffen, diskutiert und umgesetzt werden. Mit der dort vorgeschlagenen mengenbezogenen Tierwohlabgabe, könnten Bäuerinnen und Bauern beim Umbau zu tiergerechteren Ställen und dem dann folgenden Arbeitsmehraufwand unterstützt werden. Das Kompetenznetzwerk geht von Kosten von 1,2 bis 3,6 Mrd. Euro pro Jahr bis 2040 aus, für die Finanzmittel bereitgestellt werden müssen. Hierfür wird eine mengenbezogene Abgabe von 40 Cent pro kg Fleisch und Fleischverarbeitungsprodukten, 2 Cent pro kg Milch und Frischmilchprodukten sowie Eiern und 15 Cent pro kg Käse, Butter und Milchpulver vorgeschlagen. Es ergäben sich hieraus Steuereinnahmen etwa in Höhe des oben genannten Finanzierungsbedarfs von 3,6 Mrd. Euro.

Das Sterben der Schlachtstätten ist hausgemacht - Studie von Euronatur aus 2009.

Die Konzentration im Schlachtbereich kommt nicht von ungefähr. 2004 traten neue EU- Hygieneverordnungen in Kraft, die auch kleine Metzgerschlachtstätten bis 2009 umsetzen mussten. Von den 2009 noch ca. 2000 handwerklichen Schlachtbetrieben blieben schon damals über die Hälfte auf der Strecke. BUND Naturschutz und Euronatur hatten damals vor überzogene Auflagen gewarnt, die gerade kleine Metzgerbetriebe nicht mehr schultern konnten.

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg
Tel. 0911/81 87 8-0
Fax 0911/86 95 68
lfg@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 25.06.2020
PM 063/20 LFG
Landwirtschaft

Für Rückfragen:

Marion Ruppaner, BN Agrarreferentin, Tel. 0911 81 87 8 20

marion.ruppaner@bund-naturschutz.de

Hintergrund zu euroNATUR Studie von 2009:

Die deutschen und besonders die bayerischen Zulassungsbehörden waren bei der Umsetzung der neuen EU-Hygieneverordnungen teilweise weit über das Ziel hinausgeschossen und hatten dadurch die handwerklichen Metzgereibetriebe, die noch selbst schlachten, in Bedrängnis gebracht.

Eine Studie, die die Naturschutzstiftung EuroNatur in Kooperation mit dem NEULAND-Verein für tiergerechte und umweltschonende Nutztierhaltung 2008 und 2009 durchgeführt hatte, zeigte, dass die bayerischen Behörden die EU Hygieneverordnung besonders restriktiv ausgelegt hatten und damit für eine zu erwartende Welle von Schließungen verantwortlich waren.

So wurden in Bayern grundsätzlich keine sogenannten „Einraumbetriebe“ genehmigt und selbst Zweiraumbetriebe hatten hier große Probleme. Österreich nutzte die EU-Vorschriften, um die kleinen Fleischereien bewusst zu fördern. Trotz der teilweise schärferen Auflagen, die Bayern auferlegte, gaben die meisten in der Studie befragten Veterinäre an, dass dadurch für die Verbraucher kein höherer Nutzen im Sinne der Hygiene entstanden sei.

Schon 2009 warnte der BN, dass durch eine Reduzierung von regionalen Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen, kurze Wege für die Tiertransporte und die Vielfalt der Fleisch- und Wurstwaren wegfallen würden und die Gewinner große Schlachtunternehmen wären, die dann noch mehr den Markt beherrschen würden.

Die ausführliche Studie kann eingesehen werden unter

https://www.euronatur.org/fileadmin/migration/uploads/media/Endbericht_Hygieneprojekt_EuroNatur.pdf

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 25.06.2020

PM 063/20 LFG

Landwirtschaft